

Schriften des Augsburg Center for
Global Economic Law and Regulation

Arbeiten zum Internationalen Wirtschaftsrecht
und zur Wirtschaftsregulierung



Pirmin J. Schauer

Aufsichtsratskommunikation

Ein Beitrag zur Definition der Rolle des Aufsichtsrats
und seines Vorsitzenden im Bereich der Investor Relations
einer kapitalmarktorientierten Aktiengesellschaft



Nomos

**Augsburg Center
for Global
Economic Law and Regulation**



Augsburger Zentrum
für Internationales Wirtschaftsrecht
und Wirtschaftsregulierung

Centre pour
le droit international et la régulation
économiques, Augsburg

Schriften des Augsburg Center for
Global Economic Law and Regulation

Arbeiten zum Internationalen Wirtschaftsrecht
und zur Wirtschaftsregulierung

herausgegeben von

Prof. Dr. Thomas M. J. Möllers, Universität Augsburg

Prof. Dr. Matthias Rossi, Universität Augsburg

Band 84

Pirmin J. Schauer

Aufsichtsratskommunikation

Ein Beitrag zur Definition der Rolle des Aufsichtsrats
und seines Vorsitzenden im Bereich der Investor Relations
einer kapitalmarktorientierten Aktiengesellschaft



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Augsburg, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8133-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-2549-1 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

meiner wunderbaren frau in liebe gewidmet

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg im Wintersemester 2020/2021 als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur wurden bis Dezember 2020 berücksichtigt.

Mein aufrichtigster Dank gilt meinem akademischen Lehrer, Herrn Professor Dr. *Thomas M.J. Möllers*, der diese Arbeit nicht nur angeregt hat, sondern mich während meiner gesamten Assistenzzeit an seinem Lehrstuhl fachlich und persönlich auf großartige Weise gefördert und unterstützt hat. Herrn Professor Dr. *Michael Kort* danke ich sehr herzlich für seine Bereitschaft, die Zweitbegutachtung der Arbeit zu übernehmen. Ich fühle mich geehrt, dass die Herausgeber der Schriften des ACELR, Herr Professor Dr. *Thomas M.J. Möllers* und Herr Professor Dr. *Matthias Rossi* diese Arbeit in die Reihe aufgenommen haben.

Meine Kollegen haben die „Lehrjahre“ an der juristischen Fakultät zu einem ganz besonderen Lebensabschnitt gemacht. Besonders danke ich Dr. *Natalie Höck* und *Dominic Merk*, die mir zu jeder Zeit fachlich und freundschaftlich verbunden zur Seite standen. Darüber hinaus bin ich Dr. *Tobias Madel* zu herzlichem Dank verpflichtet. Seine stete Bereitschaft zu fachlicher Diskussion und seine klugen Anmerkungen waren überaus wertvoll.

Meine Eltern *Sylvia* und *Hermann Herz* haben mich nicht nur während der Entstehung dieser Arbeit vorbehaltlos unterstützt, sondern mich darüber hinaus während meiner gesamten Ausbildung mit Hingabe gefördert. Sie haben mir Möglichkeiten eröffnet, für die ich immer dankbar sein werde. Meine Großmutter *Klara*, meine Schwester *Frederike* und mein Bruder *Andre* sind mir zu jeder Zeit ein wertvoller Rückhalt gewesen. Danke für Alles! *Thomas Buchschuster* bin ich innigst dankbar für seine stete Unterstützung und unsere unvergleichliche Freundschaft. Der unermüdliche Zuspruch und die Unterstützung meiner wundervollen Frau *Anja Schauer* haben die Promotion vom ersten Tag an vorangetrieben – ihr sei diese Arbeit gewidmet.

Augsburg im Januar 2021

Pirmin J. Schauer, LL.M. (Cambridge)

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung – Phänomenologie eines aufsichtsratsgeführten Investorendialogs	27
I. Von fordernden Investoren und nachgiebigen Aufsichtsräten	28
II. Von Traditionalisten und Modernisten: Skepsis im Aktienrecht	30
III. Gang der Untersuchung	32
IV. Empirie – Der Status quo	34
1. Stimmungslage hinsichtlich aufsichtsratsgeführten Investorengesprächen	36
2. Weitere empirische Erkenntnisse im Problembereich des Investorendialogs	38
3. Der aufsichtsratsgeführte Investorendialog in der Unternehmensberichterstattung	41
4. Ergebnisse	42
Teil 1: Rechtliche und ökonomische Grundpfeiler der Informationsverteilung in Aktiengesellschaften	44
§ 1 Die aktienrechtliche Kompetenz- und Informationsordnung	44
I. Die zwingende Organtrias in der Aktiengesellschaft	44
II. Die Rolle des Aufsichtsrats	47
1. Historische Konzeption des Aufsichtsrats	47
a) Das Konzessionssystem und der Aufsichtsrat	48
b) Obligatorischer Aufsichtsrat im Deutschen Reich	50
c) Die Entmachtung der Aktionäre durch das Aktiengesetz 1937	53
d) Das Aktiengesetz 1965	55
e) „Phase relativer Konstanz“ und „Reform in Permanenz“	56
f) Zusammenfassung	59

Inhaltsverzeichnis

2. Zusammensetzung und Handlungsfähigkeit	60
3. Überwachung und Beratung	61
a) Überwachung	62
b) Beratung als präventives Kontrollinstrument	66
III. Die Rolle des Vorstands	69
1. Historische Konzeption	69
2. Unternehmensleitung, Geschäftsführung, Stellvertretung	72
IV. Interdependenzen zwischen Aufsichtsrat und Vorstand	74
1. Bedeutung von § 111 Abs. 4 AktG	74
2. Einwirkung auf den Vorstand	75
3. Der Aufsichtsrat als Co-Leitungsorgan	80
V. Zusammenfassung	81
§ 2 Betriebswirtschaftliche und rechtliche Einordnung von Investor Relations	83
I. Terminologische Annäherung	83
II. Entwicklung von Investor Relations in Deutschland	85
III. Zielsetzungen von Investor Relations	88
IV. Formen von Investor-Relations-Arbeit	90
V. Strukturelle Einbindung von Investor-Relations- Abteilungen in das Organisationsgefüge eines Unternehmens	92
1. Investor-Relations-Abteilungen in der Unternehmenspraxis	93
2. Investor Relations in der Vorstandskompetenz – Geschäftsführung	94
3. Investor Relations in der Vorstandskompetenz – Unternehmensleitung	96
a) Terminologie und Unveräußerlichkeit der Leitungsmacht	97
b) Konkretisierung der Unternehmensleitung	99
c) Abgrenzung von Geschäftsführung und Unternehmensleitung	100
d) Verortung der Investor Relations als Unternehmensleitungsaufgabe	102
VI. Zusammenfassung	105

§ 3 Informationsasymmetrien und Informationsdefizite im Aktienrecht	106
I. Information und Markt	106
1. Markteffizienz	107
2. Abstufungen der Markteffizienz	107
II. Möglichkeiten und Grenzen einer ökonomischen Analyse des Aktienrechts	108
1. Die Aktiengesellschaft als Untersuchungsobjekt einer ökonomischen Analyse	108
2. Die ökonomische Analyse des Rechts als Vehikel der Effizienzsteigerung	110
3. Argumentative Grenzen der ökonomischen Analyse des Rechts	112
a) Grenzen des Effizienz-Arguments	112
b) Begrenzte Rationalität individuellen Handelns	115
III. Prinzipal-Agenten-Beziehungen und Informationsasymmetrien im Aktienrecht	116
1. Prinzipal-Agenten-Beziehungen	117
2. Lösung von Prinzipal-Agenten-Konflikten	118
3. Prinzipal-Agenten-Konflikte im Aktienrecht	119
a) Management – Eigentümer	119
b) Aufsichtsrat – Eigentümer	121
c) Innerorganschaftliche Prinzipal-Agenten-Konflikte im Aufsichtsrat	124
d) Prinzipal-Agenten-Beziehungen unter den Eigentümern einer Aktiengesellschaft	125
IV. Aufsichtsratsgeführte Investorengespräche zum Ausgleich von Informationsdefiziten zwischen Aufsichtsrat und Investoren	125
1. Systemische Informationsasymmetrien als Ursache für Gesprächsanfragen	125
2. Hauptversammlung als (untaugliches?) Informations- und Kommunikationsforum	127
V. Zusammenfassung	129

Inhaltsverzeichnis

§ 4	Rechtslage im Vereinigten Königreich – Die Kompetenz- und Informationsordnung unter dem Company Act	130
	I. Relevanz der rechtsvergleichenden Betrachtung	130
	II. Corporate Governance im Vereinigten Königreich	134
	1. Regelungsgefüge	135
	2. Organverfassung	140
	a) Die shareholder und das board of directors	141
	b) Die directors	143
	c) Spannungsverhältnis zwischen Leitungs-, Überwachungs- und Beratungsfunktion	147
	d) Der chairman und der senior independent director als Ausweg aus dem Spannungsverhältnis	148
	3. Informationsverfassung	150
	4. Der Investorendialog als Rechenschafts- und Informationsinstrument	152
	III. Rechtsvergleich zum deutschen Recht	155
	Teil 2: Die Außenkommunikation des Aufsichtsrats im nationalen und europäischen Recht	158
§ 5	Untergesetzliche Regelungsansätze – Soft Law	158
	I. Das Streben nach guter Corporate Governance	159
	II. Soft Law in der Rechtsquellenlehre	161
	1. Von der Dichotomie zur Trichotomie der Rechtsquellenlehre	161
	2. Die Lehre von den sekundären Rechtsquellen	163
	III. Die Leitsätze der Initiative Developing Shareholder Communication	165
	1. Inhaltliche Aussagen	166
	2. Rechtliche Bindungswirkung	166
	3. Kritik	167
	IV. Der Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK)	168
	1. Der DCGK 2020	171
	a) Inhalt der Anregung zum Investorendialog	172
	b) Konzeption und Zielsetzung	174
	2. Geltung und Bindungswirkung von Bestimmungen des DCGK	177

3. Rechtspolitische Bewertung der Kodex-Anregung	180
V. Zusammenfassung	183
§ 6 Zulässigkeit und Kompetenz des Aufsichtsrats zum Investorendialog und zu Investor Relations	185
I. Gesellschaftsrechtliche Hürden für einen aufsichtsratsgeführten Investorendialog	186
1. Der Aufsichtsrat als konzeptionelles Innenorgan	187
a) Beobachtung „Innenorgan“	187
b) Normative Durchbrechungen	189
aa) Rechtsgeschäftliche und gerichtliche Vertretung der Aktiengesellschaft durch den Aufsichtsrat	190
bb) Erklärungsbefugnisse gegenüber dem Handelsregister und Gericht	192
cc) (Quasi-) Öffentliche Erklärungen des Aufsichtsrats	193
c) Ergebnis	196
2. „Geschäftsführungsverbot“ für den Aufsichtsrat, § 111 Abs. 4 S. 1 AktG?	198
3. Offene Informationsordnung der Aktiengesellschaft	201
a) Investorengespräche als Ausprägungsform vorstandsunabhängiger Information	202
b) Zulässigkeit vorstandsunabhängiger Informationsversorgung des Aufsichtsrats	202
4. Zwischenfazit	206
II. Dekonstruktion des Meinungsstands	207
1. Erste Ansätze einer Verbindung von Sachkompetenz und Kommunikationszuständigkeit	207
a) Induktive Kompetenzabgrenzung und Annexkompetenz (Leyendecker-Langner)	208
b) „Communication follows competence“ (Fleischer/ Bauer/Wansleben)	209
2. Rezeptionen	211
a) Extensive Annex-Kompetenz (Hirt/Hopt/Mattheus und die Initiative Developing Shareholder Communication)	211

Inhaltsverzeichnis

b) Rechtsfortbildende Schaffung von Kommunikationskompetenzen es Aufsichtsrats (Bachmann)	213
aa) Praktische Konkordanz	213
bb) Rechtsfortbildung extra legem	214
cc) Gesprächsthemen	215
c) Tiefenerweiterung der Aufsichtsratskompetenzen (Landsittel)	216
3. Kommunikationszuständigkeit folgt Gesellschaftsinteresse (Reutershahn)	218
4. Wahrung des Kompetenzrahmens und Organadäquanz (Koch)	222
5. Zusammenfassung des Meinungsstandes	226
III. Offene Flanken	226
1. Bedeutung des Geschäftsführungsverbots, §§ 77, 111 Abs. 4 AktG	227
2. Überbewertung der bestehenden nach außen wirkenden Kompetenzen	227
a) Bewertung normierter Außenkompetenzen des Aufsichtsrats	228
b) Überlegungen zu einer Gesamtanalogie	229
c) Der Kompetenzannex als „methodisches Vehikel“	231
3. Unabhängige Wahrnehmung der Überwachungsaufgabe	232
4. Statische Kompetenzzuweisung – Flexibilisierung der Kompetenzzuweisung	233
5. Differenzierte Betrachtungsweise für Ein-/Ausgang von Information	234
IV. Begründung der Kommunikationskompetenz im Zuge der Rechtsfortbildung	235
1. Teleologische Reduktion der §§ 77, 111 Abs. 4 AktG	235
a) Grundlagen	235
b) Offenheit für teleologische Reduktion	236
c) Fallgruppen, die eine Reduktion erlauben	238
2. Rechtsfortbildende Schaffung von Kompetenzen	240
a) Voraussetzungen zulässiger Rechtsfortbildung	240
b) Besonderheiten im Aktienrecht	242

3. Kompetenzbegründung – Anknüpfungsfähige Sachkompetenzen	245
a) Personalkompetenz für den Vorstand und Vorstandsvergütung	246
b) Abschlussprüfung	250
c) Selbstorganisation und Besetzung des Aufsichtsrats	251
d) Kapital und Finanzierung	253
e) Unternehmensstrategie und Unternehmensentwicklung	255
f) Sonderfall: Überwachung und Beratung	256
4. Zwischenergebnis	258
V. Zusammenfassung	258
§ 7 Die besondere Rolle institutioneller Anleger im europäischen Stewardship-Ansatz	260
I. Europäisches Gesellschaftsrecht	261
II. Der Aufsichtsrat, Aktionäre und Investoren im Licht des Europarechts	267
1. Der Aufsichtsrat	267
2. Aktionäre und Aktionärsrechte	270
a) Die Aktivierung der Aktionäre in der Aktionärsrechte-RiL	271
b) Fokus auf institutionelle Anleger und Vermögensverwalter	273
c) Kritik	273
III. Investorengespräche unter Beteiligung von institutionellen Investoren und dem Aufsichtsrat	276
1. Stewardship-Pflichten und Investorengespräche	276
2. Autonome Auslegung der geänderten Aktionärsrechte-RiL	278
a) Autonome Auslegung europäischen Rechts	278
b) Mitwirkungspolitik und Dialogführung	280
c) Fazit	284
3. Künftige Eingriffe des europäischen Gesetzgebers	285
IV. Zusammenfassung	286

Inhaltsverzeichnis

§ 8 Investorengespräche im Lichte des deutschen und europäischen Kapitalmarktrechts	288
I. Erosive Tendenzen in der Rechtsprechung des EuGH	289
1. Geltl./ Daimler	290
2. Grøngaard./ Bang	292
II. Schutzziel des Kapitalmarkts	293
1. Beeinflussung der Corporate Governance von Gesellschaften durch das Kapitalmarktrecht	295
2. Aktionäre und Anleger	298
III. Kapitalmarktrechtliche Informationsordnung	299
IV. Zusammenfassung	301
Teil 3: Synthese der organschaftlichen Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats und seines Vorsitzenden	303
§ 9 Die Einbindung des Aufsichtsrats in die Unternehmenskommunikation	303
I. Kommunikation als unternehmerische Entscheidung	303
1. Unternehmensinteresse als Maßstab für Investorengespräche	304
2. Unternehmerische Sorgfaltspflichten	304
II. Abstimmung mit dem Vorstand	307
1. Gebot der Zurückhaltung	308
2. Gemeinsames Auftreten von Vorstand und Aufsichtsrat und freiwillige Kompetenzübertragung	308
3. Einheitlichkeit der Kommunikation: Loyalitätspflicht und one voice policy	310
4. Umgang mit akquirierter Information	313
a) Nutzung akquirierter Information für eigene Entscheidungen	314
b) Weitergabe akquirierter Information an den Vorstand	315
5. Reaktionsmöglichkeiten bei kompetenzwidrigen Investorengesprächen	317
III. Organisatorische Fragen	319
1. Zugriff auf die Investor-Relations-Abteilung des Vorstands	320

2. Einrichtung eines Aufsichtsratsbüros	322
IV. Zulässigkeit von Vereinbarungen mit Investoren	327
V. Zusammenfassung	329
§ 10 Kompetenzreduktion auf den Aufsichtsratsvorsitzenden	331
I. Der Aufsichtsratsvorsitzende 2.0 – Gründe für die Konzentration auf den Aufsichtsratsvorsitzenden	332
II. Verhältnis des Aufsichtsratsvorsitzenden zum Gesamtaufichtsrat	333
1. Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden	333
2. Kollegialorgan	334
III. Funktions- und Wirkungskreise des Aufsichtsratsvorsitzenden	335
1. Historische Idee des Aufsichtsratsvorsitzenden	336
2. Leitungs- und Koordinationsfunktion im Aufsichtsrat	337
a) Gesetzliche Aufgaben	338
b) Rechtsfortbildend geschaffene Kompetenzen	338
3. Organübergreifende und vermittelnde Funktion	340
4. Vertretung nach außen	341
IV. Strukturelle Sonderstellung des Aufsichtsratsvorsitzenden?	342
1. Sonderstellung kraft Sonderrechte	343
2. Sonderstellung kraft Informationsvorsprung	344
3. Bewertung der Sonderstellung	344
4. Deduktion einer generellen Repräsentationsfunktion	347
5. Zwischenergebnis	349
V. Vorschlag für die kompetenzrechtliche Ausgestaltung durch den Aufsichtsrat	350
1. Die Entscheidung über das „Ob“ – die Kommunikationspolitik	351
2. Beschluss einer Kommunikationsordnung	352
3. Mehrheitserfordernis für die Beschlüsse über die Kommunikationspolitik und Kommunikationsordnung	353
4. Einrichtung eines Kommunikationsausschusses	355
5. Laufende Überwachung durch den Kommunikationsausschuss	357
VI. Zusammenfassung	358

Inhaltsverzeichnis

§ 11 Grenzen der Informationsweitergabe	360
I. Gleichbehandlung der Aktionäre	360
1. Herleitung, Sinn und Zweck der Gleichbehandlung	361
2. Inhalt des aktienrechtlichen Gleichbehandlungsgebots – informationelle Gleichbehandlung	368
a) Anwendungsbereich – Ungleichbehandlung von Aktionären und Dritten	370
b) Tatbestand der Ungleichbehandlung	371
c) „Substanzschwelle“ für informationelle Ungleichbehandlung	372
d) Gleichbehandlungsverzicht	373
3. Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen in der Informationspolitik	374
a) Lehre vom sachlichen Grund	375
b) Generelle Vorausinformation von einzelnen Aktionären oder Aktionärsgruppen	376
aa) Großaktionäre	377
bb) Institutionelle Investoren	379
cc) Zwischenergebnis	382
c) Punktuelle Vorausinformation von einzelnen Aktionären oder Aktionärsgruppen	382
d) Verhältnismäßigkeit	385
4. Nachauskunft als Rechtsfolge gerechtfertigter Ungleichbehandlung	388
a) Wesen, Inhalt und Reichweite von § 131 Abs. 4 AktG	389
b) Nachauskunftspflicht für Auskünfte des Aufsichtsrats	393
c) Nachinformation auch außerhalb der Hauptversammlung?	396
aa) Vermeidung einer gespaltenen Auslegung von § 53a AktG	398
bb) „Abwägungsmodell“	400
5. Informationelle Gleichbehandlung im DCGK	402
6. Fazit	403
II. Geheimhaltung und Vertraulichkeit	404
1. Normative Konzeption	405
2. Sachlicher Anwendungsbereich	407
3. Persönlicher Anwendungsbereich	408

4. Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht	412
a) Offenbarungspflichten, Unzumutbarkeit und ähnliche Konstellationen	412
b) Freiwillige Weitergabe vertraulicher Information im Rahmen von Investor Relations	414
aa) Beratungen im Aufsichtsrat: Einzelverhalten und Kollektivverhalten	415
bb) Dispensentscheidung durch den Aufsichtsrat?	418
cc) Keine freiwillige Weitergabe von vertraulichen Informationen aus Vorstandsberichten und Gesellschaftsgeheimnissen durch den Aufsichtsrat	422
5. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Vertraulichkeitspflicht	422
6. Fazit	423
III. Insiderrecht als kapitalmarktrechtliche Grenze	424
1. Die Insiderinformation (Art. 7 MAR)	426
2. Insiderrechtliche Befugnis selektiver Weitergabe von Insiderinformationen	429
a) Besondere Zulässigkeit der Weitergabe im Rahmen der Marktsondierung nach Art. 11 Abs. 4 MAR	429
b) Zulässigkeit der Weitergabe von Insiderinformationen im Lichte von Art. 10 Abs. 1 MAR	430
aa) „[...] Ausübung einer Beschäftigung oder eines Berufes [...]“ – Legitimer Zweck und Geeignetheit	430
bb) „[...] im Zuge der normalen Ausübung“ – Erforderlichkeit vs. Unerlässlichkeit	432
cc) Angemessenheit	435
dd) Fazit für die Weitergabe von Insiderinformationen im Rahmen von Investor Relations und in Investorengesprächen	436
3. Kapitalmarktrechtliche Folgen selektiver Weitergabe von Insiderinformationen	439
a) Aufschub der Pflicht zur Ad-hoc-Publizität nach Art. 17 Abs. 4 MAR	439
b) Nachauskunft nach Art. 17 Abs. 8 MAR	440
4. Rolle des Aufsichtsrats im Insiderrecht	441
5. Fazit	442

Inhaltsverzeichnis

IV. Zusammenfassung	443
Teil 4: Zusammenfassung und Ausblick	444
§ 12 Perspektive und Zusammenfassung in Thesen	444
Ausgangslage	445
Der Gesprächsrahmen	449
Die Beteiligten und das Gespräch	452
Nachbereitung und Überwachung	454
Entwicklungen de lege ferenda	456
Literaturverzeichnis	459
Register	503

Abkürzungsverzeichnis

A.A./a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis (Zeitschrift)
a.E.	am Ende
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG 1937/Aktiengesetz 1937	Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) v. 30.1.1937, RBGl. I, S. 107.
Aktionärsrechte-RiL II	Richtlinie (EU) 2017/828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Änderung der Richtlinie 2007/36/EG im Hinblick auf die Förderung der langfristigen Mitwirkung der Aktionäre, ABl. L 132 vom 20.5.2017, S. 1–25.
Aktionärsrechte-RiL	Richtlinie 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften, ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 17–24.
AR	Der Aufsichtsrat (Zeitschrift)
Aufl.	Auflage
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling (Zeitschrift)
Bd.	Band
beckOGK	beck-online.Großkommentar
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BGH/BGHZ	Bundesgerichtshof; Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (amtliche Sammlung)
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht (Zeitschrift)
BR-Drs.	Deutscher Bundesrat – Drucksache

Abkürzungsverzeichnis

BT-Drs.	Deutscher Bundestag – Drucksache
BVerfG/BVerfGE/BVerfGK	Bundesverfassungsgericht; Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (amtliche Sammlung); Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CA 2006/Company Act	Companies Act 2006 (An Act to reform company law and restate the greater part of the enactments relating to companies; to make other provision relating to companies and other forms of business organisation; to make provision about directors' disqualification, business names, auditors and actuaries; to amend Part 9 of the Enterprise Act 2002; and for connected purposes) v. 8. November 2006, https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2006/46/contents .
CEO	Chief Executive Officer
CRIM-MAD	Richtlinie 2014/57/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über strafrechtliche Sanktionen bei Marktmanipulation (Marktmissbrauchsrichtlinie), ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 179–189.
DAI	Deutsches Aktieninstitut e.V.
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex (soweit nicht anderweitig spezifiziert in der Fassung v. 16. Dezember 2019)
DIRK	Deutscher Investor Relations Verband e.V. (ehemals: Kreis)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
ECGI	European Corporate Governance Institute
et al.	und andere (et alii, et aliae, et alia)
EU	Europäische Union
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
f./ff.	(fort-) folgender/folgende/folgendes
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FS	Festschrift (für)

Abkürzungsverzeichnis

Gesellschaftsrechts-RiL	Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts, ABL. L 169 vom 30.6.2017, S. 46–127.
GmbHR	Die GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
Großkomm	Großkommentar
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
Hinweisbeschl.	Hinweisbeschluss
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.E.	im Ergebnis
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kapital-RiL	Richtlinie 2012/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Koordinierung der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter für die Gründung der Aktiengesellschaft sowie für die Erhaltung und Änderung ihres Kapitals vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten, ABL. L 315 vom 14.11.2012, S. 74–97.
KK	Kölner Kommentar
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
LG	Landgericht
lit.	littera
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

Abkürzungsverzeichnis

MAR/Marktmisbrauchsverordnung	Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmisbrauch (Marktmisbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission, ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 1–61.
Marktmisbrauchs-RiL	Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über Insider-Geschäfte und Marktmanipulation (Marktmisbrauch), ABl. L 96 vom 12.4.2003, S. 16–25.
MünchKomm	Münchener Kommentar
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
OLG	Oberlandesgericht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (Zeitschrift)
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer
S.	Seite (alternativ im Rahmen von Gesetzesziten: Satz)
sec.	Section
SE-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 1–21.
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
sog.	sogenannter/sogenannte/sogenanntes
SZW	Schweizer Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht

Transparenz-RiL	Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG, ABL. L 390 vom 31.12.2004, S. 38–57.
UAbs.	Unterabsatz
Übernahme-RiL	Richtlinie 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote, ABL. L 142 vom 30.4.2004, S. 12–23.
Urt.	Urteil
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	von/vom
Vereinigtes Königreich/UK	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
vgl.	vergleiche
VGR	Wissenschaftliche Vereinigung für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht e.V.
WM	Wertpapiermitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft (Zeitschrift)
ZCG	Zeitschrift für Corporate Governance (Zeitschrift)
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (Zeitschrift)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft (Zeitschrift)
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess (Zeitschrift)